



April 2018

# KEIN ENDE DES KRIEGES IN SICHT - AUFFLAMMEN NEUER KÄMPFE IN SYRIEN

Jasmina Rupp

*Die militärischen Eskalationen seit Anfang 2018 rückten Friedensaussichten in weite Ferne. Der Kriegsschauplatz verlagerte sich vom Osten zurück in den Westen Syriens und brachte neue, gefährliche Konfliktkonstellationen, in denen sich staatliche Akteure direkt gegenüberstehen: Der türkische Anspruch auf Manbidsch und die Krise mit den USA, der Kampf um die rohstoffreiche Region Deir ez-Zour und die Auseinandersetzung zwischen Russland und den USA sowie eine Eskalation zwischen Israel und Iran im Südwesten Syriens. In Folge von mutmaßlichen Chemie-waffenangriffen könnten „Bestrafungsaktionen“ durch westliche Staaten, wie Luftschläge auf Militärbasen des Regimes und seiner Verbündeten das Eskalationsrisiko weiter erhöhen.*

## Stillstand bei internationalen Friedensgesprächen

Die in den letzten Jahren durch Russland initiierten Friedenskonferenzen in Astana und Sotschi deuten darauf hin, dass die Nachkriegsordnung in Syrien nicht durch einen international gestützten diplomatischen Prozess der UNO bestimmt wird, sondern durch die drei Konfliktakteure Russland, Iran und Türkei. Der Astana-Prozess gilt als Konsultationsplattform der drei Verhandlerstaaten und konzentriert sich rein auf die militärische Komponente im Syrienkonflikt. In diesem Format, wo die USA gänzlich ausgeschlossen sind, verhandelt man u.a. über Gefangenenaustausche, die Übergabe von Leichen, Evakuierungsabkommen, Kulturgüterschutz und punktuelle Waffenstillstände. All diese Punkte stehen jedoch nicht im Widerspruch zu den militärischen Offensiven der drei Staaten.

Der von Russland organisierte „Syrische Nationale Dialog-Kongress“ Ende Jänner in Sotschi zielte darauf ab, erstmals alle syrischen Akteure an den Verhandlungstisch zu bringen, einschließlich der bisher ausgeschlossenen Kurden. Russland scheiterte jedoch mit seinem ambitionierten Vorhaben, da die kurdische Partei PYD und der wichtigste Oppositionszusammenschluss HNC die Gespräche aus Protest gegen die laufenden Offensiven der Türkei in Afrin und des Regimes in Idlib und Ost-Ghouta

boykottierten. Russland, das sich im Syrienkonflikt bisher gern als „Peace Maker“ inszenierte, gelingt es auch im achten Kriegsjahr nicht eine politische Lösung herbeizuführen.

Das Scheitern der Sotschi-Konferenz, deren Ergebnisse als Grundlage für neue UN-getragene Verhandlungen in Genf dienen sollten, bedeutet daher auch einen Stillstand bei internationalen Friedensgesprächen. Maßnahmen der UNO wie die Sicherheitsratsresolution vom 24. Februar, die eine 30-tägige Waffenruhe für Ost-Ghouta vorsah, verdeutlichen einmal mehr die Machtlosigkeit der UNO und wie wenig Wirkung letztlich deren Beschlüsse auf das Geschehen vor Ort haben, da keine Umsetzungs- und Sanktionsmechanismen bestehen.

In den letzten sieben Jahren weigerte sich das syrische Regime bei allen Gesprächsformaten ernsthafte Konzessionen zur Beilegung des Konfliktes zu machen und wird es auch in naher Zukunft nicht tun, vor allem, weil es sich gemeinsam mit seinen Unterstützern Russland und Iran aufgrund der fortschreitenden Gebiet-

seroberungen als Sieger betrachtet. Eine Realität, welche auch von den Unterstützerstaaten der Opposition eingesehen werden muss.

Es ist anzunehmen, dass es in den kommenden Monaten zu weiteren „regionalen Friedensgesprächen“ kommen wird, ein international anerkannter Plan zur Stabilisierung Syriens bleibt allerdings aus.

### **Aufflammen neuer Kämpfe**

Die 2017 installierten „Deeskalationszonen“, die über Monate hinweg das Gewaltniveau erheblich reduzierten, waren nie dauerhaft als solche gedacht. Ihre Etablierung gilt als Teil einer militärischen Strategie, die den Pro-Assad-Kräften erlaubte, dringend benötigte Truppen zwischen den Fronten zu verschieben. Die Assad-Allianz konnte so, im Wettlauf mit den USA und den von ihnen unterstützten kurdischen Syrian Democratic Forces (SDF), strategisch wichtige Gebiete im Osten des Landes von der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) zurückerobern. Mit Anfang 2018 verlagerte das Regime seine Aufmerksamkeit erneut auf die Rebellen-Gebiete im Westen Syriens, welche größtenteils als Deeskalationszonen gelten.

In Idlib, Ghouta und im Südwesten Syriens konnten zahlreiche, für das Regime zentrale Gebiete zurückerobert werden, einschließlich des Luftwaffenstützpunktes Abu al-Dhuhur in Idlib und die Stadt Beit Jinn nahe der Golanhöhen. Die Mitte Februar 2018 gestartete Bodenoffensive zur Rückeroberung der letzten Rebellenhochburg Ost-Ghouta, nahe dem Zentrum von Damaskus, stellt für das Regime die oberste Priorität dar, da es bereits 2013 Rebellengruppen beinahe gelungen war, Damaskus einzukesseln und die Hauptstadt in den Folgejahren immer wieder durch Beschuss und Angriffe bedroht wurde.

Nach der erfolgreichen Einnahme von Ost-Ghouta werden sich das Regime und seine Verbündeten auf die letzten beiden großen Rebellen-Hochburgen Deraa und Idlib konzentrieren. Erste Anzeichen hierfür sind Luftschläge in Deraa Mitte März, die zudem das von den USA, Jordanien und Russland ausgehandelte Deeskalations-Abkommen verletzen.

Es ist davon auszugehen, dass bei diesen Offensiven - im Gegensatz zu Ghouta - das Regime mit Widerstand von ausländischen Akteuren, wie Israel und die Türkei, zu rechnen hat. Denn in Idlib versucht die Türkei, als „Schutz-

macht“ der Opposition, eine Einnahme durch das Regime zu verhindern, hierfür wurden bereits zwölf türkische Beobachtungsposten eingerichtet. Syrische Rebellengruppen haben sich im Gegenzug bereit erklärt, die Türkei bei ihrer Kurden-Offensive zu unterstützen. Zudem befürchtet Ankara, dass die drei Millionen syrischen Binnenflüchtlinge, die Idlib beherbergt, bei einer Regimeoffensive in die Türkei fliehen würden.

### **Vom Stellvertreterkrieg zur direkten Konfrontation der Großmächte?**

Binnen weniger Wochen entstand ab Ende Jänner - neben den beiden Hauptkonflikten Krieg zwischen Regime und Opposition sowie Krieg gegen den IS - mit der direkten Konfrontation von fünf staatlichen Akteuren eine zusätzliche Dynamik, die das Potential hat, einen neuen regionalen Flächenbrand hervorzurufen: a) Der türkische Anspruch auf Manbidsch und die Krise mit den USA, b) der Kampf um die rohstoffreiche Region Deir ez-Zour und die Auseinandersetzung zwischen Russland und den USA sowie c) eine Eskalation zwischen Israel und Iran im Südwesten Syriens. In Folge von mutmaßlichen Chemiewaffenangriffen könnten „Bestrafungsaktionen“ durch westliche Staaten, wie Luftschläge auf Militärbasen des Regimes und seiner Verbündeten, das Eskalationsrisiko weiter erhöhen.

### **Manbidsch und die Krise zwischen USA und Türkei**

Die Ankündigung der USA Ende 2017, auch nach der Zerschlagung des IS langfristig Truppen in von Kurden kontrollierten Gebieten Syriens zu stationieren sowie eine 30.000 Mann starke „Grenzschutztruppe“ aufzubauen, die zum Teil aus kurdischen Kräften besteht, veranlasste die Türkei zu einer Gegenmaßnahme. Die Türkei betrachtet die YPG, eine dominante Fraktion innerhalb der SDF, als PKK-Ableger in Syrien und damit als terroristische Organisation und direkte Sicherheitsbedrohung. Für Ankara wurde die rote Linie bereits 2016 überschritten, als die YPG den Euphrat-Fluss überquert hatte und die Kurdengebiete zu verbinden versuchte. Mit der Ende Jänner 2018 gestarteten Afrin-Offensive beweist die Türkei, insbesondere dem NATO-Partner USA, dass sie bereit ist, ihre Interessen in Syrien auch militärisch zu verteidigen.

Die 2016 im Zuge einer SDF-Offensive vom IS befreite Stadt Manbidsch, wo auch ein Groß-

teil der 2000 amerikanischen Special Forces und Militärberater in Nordsyrien stationiert ist, symbolisiert den Wettstreit um Einfluss und Gebietskontrolle zwischen den USA und der Türkei. Beide NATO-Staaten sind allerdings nicht an einer militärischen Konfrontation interessiert, stattdessen verhandeln sie derzeit über die Möglichkeiten und Grenzen der kurdischen Autonomieregion. Die USA befinden sich in einem schwierigen Dilemma: Einerseits geht es darum, den kurdischen Verbündeten, der im Kampf gegen die letzten IS-Gebiete in Syrien noch dringend benötigt wird, nicht zu verlieren, während es andererseits eine Konfrontation mit dem strategisch bedeutenden NATO-Partner Türkei zu vermeiden gilt.

### ***Konfrontation zwischen Russland und den USA um die rohstoffreiche Region Deir ez-Zour***

Mitte Februar 2018 kam es zu einer Stärkemonstration der USA gegenüber Russland und seinen Verbündeten durch einen Luftschlag nahe der Provinzhauptstadt Deir ez-Zour. Dieses Ereignis bedeutet allerdings keinen Wandel im US-Engagement in Syrien, sondern ist ein klares Anzeichen dafür, dass Washingtons Interessen zunehmend bedroht werden. Der US-Luftschlag erfolgte als Reaktion auf die Überquerung des Euphrat und die Annäherung an einen SDF- und US-Stützpunkt durch eine 500-Mann starke, Medienberichten zufolge mit zahlreichen russischen Söldnern verstärkte, Truppe. Angaben über russische Opferzahlen in Folge des US-Luftschlages reichen von mehreren Dutzend bis zu 200 Mann und markieren damit die ersten Verluste russischer Staatsbürger durch einen US-Luftschlag. Die von den USA unterstützten kurdischen SDF-Kräfte hatten im Zuge der Befreiung von IS-Gebieten zahlreiche Gas- und Ölfelder in Deir ez-Zour, die rund ein Drittel der syrischen Öl- und Gasförderung ausmachen, besetzt. Der Angriff deutet darauf hin, dass Regimekräfte und deren Verbündete Russland und Iran die Verteidigungslinien testen wollten, in der Absicht diese rohstoffreiche Region zurückzuerobern. Russischen Medienberichten zufolge sagte im Jahr 2017 das Assad-Regime einer russischen Ölfirma eine Gewinnbeteiligung von 25% bei Öl- und Gasverkäufen zu, wenn im Gegenzug russische Söldner das Regime bei der Rückeroberung unterstützen. Doch die Kontrolle der Provinz ist nicht nur für das Assad-Regime überlebenswichtig, sondern auch für den Iran sehr wichtig, um das gesamte Grenzgebiet zum Irak kontrollieren zu können.

Die Wahrscheinlichkeit einer neuen Regime-Offensive im Osten Syriens ist sehr hoch, und damit einhergehend auch eine mögliche direkte Konfrontation zwischen Russland und den USA. Die amerikanische Präsenz im von Kurden kontrollierten Gebiet wird neben Russland zudem von zahlreichen regionalen Kräften in Frage gestellt: Auch die Türkei, Iran, Irak, und das syrische Regime möchten den amerikanischen Einfluss in Syrien reduzieren – ein gemeinsamer Nenner, der für die USA eine reale Bedrohung darstellt. Auch wenn die USA mehrfach betonten, dass sie eine militärische Konfrontation mit dem Regime und seinen Verbündeten vermeiden wollen, stellt sich die Frage, wie die USA künftig ihre Interessen in Syrien sichern werden und welche Opfer sie bereit sind dafür zu bringen.

### ***Eskalation zwischen Iran/Hisbollah und Israel im Südwesten Syriens***

Trotz der im Juli 2017 von Russland, den USA und Jordanien ausgehandelten Deeskalationszone im Südwesten Syriens kam es in den letzten Monaten immer wieder zu Angriffen auf Rebellenstellungen. Ein zentraler Pfeiler des Abkommens ist Russlands Verpflichtung, einerseits die Feuerpause durch seinen Einfluss auf das Regime zu garantieren, und andererseits sicherzustellen, dass die libanesische Hisbollah und pro-iranische Milizen sich nicht nahe der israelischen Grenze aufhalten. Moskaus Möglichkeiten das Regime oder den Iran unter Druck zu setzen, scheinen allerdings begrenzt zu sein, was besonders Israel Sorgen bereitet.

Ende Dezember 2017 nahm das Regime mit Unterstützung pro-iranischer Milizen die Stadt Beit Jinn am Rande der von Israel kontrollierten Golanhöhen ein. Mitte Februar schoss Israel eine iranische Drohne ab, nachdem sie in den israelischen Luftraum eingedrungen war. Daraufhin flog Israel Luftschläge auf den Tiyas Luftwaffenstützpunkt nahe Palmyra, wo die Kontrolle über iranische Drohnen vermutet wurde. Israel attackierte damit zum ersten Mal eine Basis in Syrien, wo iranische Soldaten stationiert waren. Das syrische Regime brachte dabei einen israelischen F16-Jet zum Absturz. Letztlich reagierte Israel mit einem umfassenden Beschuss syrischer und iranischer Stellungen. Dieser Vorfall stellt die erste gefährliche Konfrontation zwischen Israel und Syrien bzw. Iran seit Beginn des Syrienkrieges dar und markiert auch den ersten Verlust für die israelische Luftwaffe seit dem Libanonkrieg 1982. Der Abschuss des israelischen Jets kann aber nicht, wie von Seiten Assads betont, als beson-

derer Erfolg gefeiert werden, da Israel in den letzten Jahren über 100 Mal Luftschläge gegen pro-iranische Kräfte in Syrien durchgeführt hatte. Auch veränderte der Zwischenfall vorerst die Konfliktkonstellation im Südwesten Syriens nicht, da der Iran bisher keine ernsthaften Drohungen gegenüber Israel ausgesprochen hat und auch kurzfristig nicht daran interessiert ist Israel anzugreifen. Allerdings verdeutlichen die im Jahr 2017 erfolgte Gründung von zwei Iran-loyalen Milizen in Südsyrien, die „Golan Befreiungsbrigade“ und „Brigade 313“, sowie vermutete pro-iranische Waffenlager und Raketenproduktionsstätten, dass die vereinbarte Deeskalationszone endgültig obsolet geworden ist und der Auftakt für neue israelisch-syrisch-iranische Konfrontationen erfolgt ist.

### Ausblick

Ein Viertel des syrischen Territoriums wird derzeit von den kurdisch dominierten SDF und deren Schutzmacht USA kontrolliert, die restlichen drei Viertel grob durch das Assad-Regime und den Unterstützern Russland und Iran, sowie durch die Türkei und deren lokale Verbündete. Ein regionaler politischer Konsens über eine künftige Ordnung unter dem Assad-Regime oder einer Übergangsregierung konnte bislang nicht erzielt werden. Alle im Syrienkonflikt involvierten Staaten werden weiterhin ihre strategischen Ziele in Syrien verfolgen und gegebenenfalls den politischen und militärischen Umständen anzupassen versuchen.

Gezwungenermaßen führt diese Entwicklung zu einer militärischen Pattsituation, denn keiner dieser Staaten hat ein Interesse daran in eine direkte Konfrontation miteinander zu geraten und einen staatenübergreifenden Krieg zu entfachen. Stattdessen werden die individuellen geographischen Einflusszonen und „roten Linien“ neu verhandelt. Bisher konnten die türkische Intervention, israelische Angriffe, russische und amerikanische Luftschläge und iranische Offensiven in einem Umfeld der Gewalt nebeneinander erfolgen und gleichzeitig der Ausbruch eines direkten zwischenstaatlichen Konfliktes verhindert werden.

Es stellt sich aber zunehmend die Frage, wie lange die militärisch Präsenz von Russland, Iran, Türkei und USA innerhalb Syriens beste-

hen kann und ob im Falle der Neufestlegung roter Linien umfangreiche Auseinandersetzungen eintreten können? Punktuell ist jederzeit mit einem Kräftemessen der Mächte zu rechnen.

### Ableitungen und Empfehlungen

- **Friedensgespräche aus der Umarmung der Regionalmächte lösen und nach Genf verlagern:** Es genügt nicht, Russland, dem Iran, und der Türkei die Gestaltung der Zukunft Syriens zu überlassen. Auch wenn eine gewisse Ohnmacht der UN im Syrienkonflikt besteht, ist deren Rolle als Plattform und Mediator für eine langfristig international anerkannte Friedenslösung unverzichtbar.
- **Realitäten im Syrienkonflikt anerkennen:** Es ist erforderlich zu erkennen, dass es keine Möglichkeit mehr gibt, über einen Rücktritt Assads zu verhandeln. Stattdessen sollte man auf einem Power-Sharing-Konzept, welches eine explizite Rolle und Garantien für alle ethnischen und religiösen Gruppen einschließlich oppositioneller Gruppen vorsieht, beharren.
- **Bedingungen an wirtschaftliche Unterstützung knüpfen:** Die vom Assad-Regime dringend benötigten Investitionen für den Wiederaufbau, die unter anderem durch die EU oder Golfstaaten erfolgen könnten, sollten an Bedingungen für das Assad-Regime geknüpft werden, um Konzessionen im Power-Sharing-Konzept durchzusetzen. Durch Infrastrukturprojekte in zerstörten Gebieten könnten zudem die Nachbarländer Libanon, Jordanien und die Türkei zumindest teilweise von ihrer Flüchtlingslast befreit werden.
- **Entspannung der türkisch-amerikanischen Beziehungen:** Die USA sollte aktiv auf eine Entspannung mit der Türkei hinarbeiten und Regeln für ein mögliches syrisch-kurdisches Autonomiegebiet aushandeln. Dazu gehören auch heikle Verhandlungen über die Entwaffnung des PKK-Ablegers in Syrien und zur Bildung einer inklusiven kurdischen Verwaltung, die keine Alleinherrschaft der PKK in Form des politischen Arms PYD bedeutet, sondern allen ethnischen Gruppen sowie innerkurdischen Fraktionen Raum bietet.

#### Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßbauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: Reproz W 18-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



[www.facebook.com/lvak.ifk](https://www.facebook.com/lvak.ifk)